

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特國中
報券號雅政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Mittwoch, den 12. April 1933.

Nummer 776

Reichskanzler und Propagandaminister über Pressefreiheit und das geistige Leben in Deutschland

Berlin, den 6. April (Transocean K.). In einer Unterredung mit den Berliner Korrespondenten der deutschen Provinzialpresse betonte Reichskanzler Hitler heute abend, nachdem er mit grossem Beifall empfangen worden war, dass es die Pflicht der Presse sei, an der Arbeit der Nationalen Regierung zur Herbeiführung der nationalen Wiedergeburt teilzunehmen. Kritik, so erklärte der Reichskanzler, sei nicht Selbstzweck sondern müsse der Bildung eines nationalen Willens dienen. Es kommt jetzt nicht Kritik sondern Schaffung einer nationalen Einheit in Frage. Die Regierung wird die Presse nicht unterdrücken, solange sie der Wahrheit dient, und es kann keiner Zeitung erlaubt werden, unter dem Deckmantel der Kritik Verrat zu begehen. Zum Schluss ersuchte der Reichskanzler die Presse sich nicht in Opposition zur nationalen Bewegung zu stellen, da die Täuschung einer solchen Opposition bald klar sein wird.

Der Minister für Propaganda Dr. Göbbels, der dem Reichskanzler als zweiter Redner folgte, und der die Notwendigkeit der Pressefreiheit ebenfalls betonte, sagte dass die Bedeutung der öffentlichen Meinung nicht bestritten werden könne, trotzdem die öffentliche Meinung nicht immer das wahre Empfinden des Volkes wiedergibt, sondern oft für sonstige Zwecke missbraucht worden ist. Der Minister gab ferner bekannt, dass die Regierung nicht beabsichtigte, die Pressefreiheit zu unterdrücken, aber man erwartet, dass sich die Presse in der Zeit der nationalen Bewegung in den Grenzen der Disziplin halten wird. Unverantwortliche Pressefreiheit war bei den Liberalen charakteristisch: die Nationale Regierung wird in dieser Beziehung Wandel schaffen. Der Minister sagte zum Schluss, dass jeder Journalist, der gegen die Ziele der Nationalen Regierung aus Feindschaft oder aus dem Wunsch heraus Kritik zu üben vorgeht, verrufen und als unwürdig, an der Fortmung der öffentlichen Meinung mitzuarbeiten, angesehen werden muss.

Anlässlich eines Empfangs der deutschen Ärztevereinigung erklärte Reichskanzler Hitler seinen Standpunkt betreffs der beabsichtigten Massnahmen zur Befreiung der deutschen Bevölkerung, besonders der intellektuellen Klassen, von dem Einfluss des Auslandes und der Laien. Der Kanzler betonte, dass durch die bald vollendeten Vereinigungen von dem geistlichen und kulturellen Leben Deutschlands, der zu grossen Zahl jüdischer Intellektueller die Entfaltung der deutschen Geisteskraft ausserordentlich gefördert werden wird. Die grössten geistigen Leistungen sind niemals von fremdartigen, sondern nur von rein arischen Völkern erzielt worden. In Hinsicht auf die geringen Möglichkeiten in Deutschland, haben die intellektuellen Arbeiter der eigenen Rasse ein moralisches, Anrecht auf Bevorzugung. Das Vorhandensein einer zu grossen Anzahl ausländischer Intellektuellen würde ein Zeichen nationaler Armut sein. Der Reichskanzler schloss mit der Behauptung, dass eine feste Basis für die weitere Entwicklung der Nation geschaffen werden müsse, und dass die deutschen Ärzte an dieser Arbeit teilnehmen müssen.

Anschluss der Deutschen Volkspartei an die Nationalsozialisten

Berlin, 10. April (Transocean A.) Die rheinisch-westfälische Gruppe der Deutschen Volkspartei, die am letzten Sonnabend in Hamm eine Versammlung abhielt, hat einstimmig beschlossen, dass die Gruppe aufgelöst wird. Allen Mitgliedern wurde empfohlen sich der Nationalsozialistischen Partei anzuschliessen.

Der Zentralkomitee der Deutschen Volkspartei wird nach Ostern zusammentreten, um darüber zu beraten, ob die Auflösung der ganzen Partei und ihr Zusammenschluss mit den Nationalsozialisten ratsam ist.

Die Presse berichtet, dass der Vizepräsident der Partei, der Abgeordnete Hugo, in der letzten Woche eine Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt hat, in deren Verlauf Hugo von einer solchen Möglichkeit gesprochen hat. Weiter heisst es in der Presse, dass Hugo nach dieser Unterredung aus der Partei ausgetreten ist.

Es wird daran erinnert, dass die Volkspartei früher von dem verstorbenen Aussenminister Stresmann geführt wurde, der ein Mitbegründer der Partei war und in ihr die rechtsliberalen Elemente für die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1919 zusammenschliessen wollte.

Der Streit zwischen Sowjet Russland und Japan - Mandschukuo

Harbin, den 10. April (Reuter). Die Möglichkeit ernstester Folgen erwuchs gestern aus einem Zwischenfall in Mandschuria. Auf Befehl des Generaldirektors Rudy weigerten sich die Beamten der Ostchinesischen Bahn, nach der Ankunft des Sibirien Expresses den daran anschliessenden Zug nach Harbin abgehen zu lassen.

Nach mehrstündigen Verhandlungen, in deren Verlauf die Japaner damit drohten, den Verkehr mit ihrem eigenen Personal einzurichten, setzte sich der Zug schliesslich in Bewegung.

Die Weichen in Pogranichnaya sind blockiert, und es kann daher kein Zug nach der Mandschurei kommen oder das Land verlassen.

Harbin, den 10. April (Reuter). Die Möglichkeit, dass der Eisenbahnstreit zwischen Russland und Mandschukuo zu einem neuen russisch-japanischen Krieg führen kann, wird in einem in scharfen Worten gehaltenen Artikel der japanischen „Harbin Times“ betont. Die Zeitung fordert Moskau auf, Rudy, den sie des Diebstahls an dem rollenden Material bezichtigt, zu entlassen.

Die „Harbin Times“ schreibt dass Rudy sich bemüht, Japan und Sowjet Russland in einen Konflikt hineinzuziehen, und weiter heisst es, dass, wenn Russland wünscht, mit Japan in Frieden zu leben, wie es Japan wünscht, es Rudy entlassen muss, denn letzterer zerstört die Möglichkeit der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Die Zeitung behauptet, dass die Sowjet Beamten der C.O.B. 75 Lokomotiven, 739 Personenwagen und etwa 4000 Güterwagen über die Grenze nach Russland gebracht haben, während General Su Ping-wen 27 Lokomotiven und 250 Personenwagen genommen habe.

Harbin, den 10. April (Reuter). Die Harbin Times verlangen, dass Rudy verhaftet wird.

Die Mandschukuo Behörden haben die sofortige Rückgabe des rollenden Materials verlangt und andererseits zu verstehen gegeben, dass der Streitfall in einen offenen Konflikt zwischen Russland und Japan oder eine drastische Kürzung des russischen Einflusses auf die Ostchinesische Bahn ausarten kann.

Peking, den 11. April (Reuter). Im Zusammenhang mit dem Streitfall zwischen Russland und Mandschukuo wird gemeldet, dass seit dem 8. April der Güterverkehr zwischen den beiden Staaten über Mandschuria unterbunden ist.

Lustlose Börse

Berlin, 10. April (Transocean A.). Die heutige Börse eröffnete lustlos. Der Umsatz war wegen der bevorstehenden Feiertage gering. Trotz der allgemeinen Lustlosigkeit zeigte sich die Mehrzahl der Aktien widerstandsfähig.

Eine etwas bessere Stimmung herrschte infolge der Festigkeit der deutschen Anleihen im Auslande am Rentenmarkt.

Tägliches Geld notierte $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ %.

Der Wochenbericht der Reichsbank

Berlin, 10. April (Transocean A.). Infolge der Rückzahlung des französischen Anteiles an dem Rediskontkredit der Reichsbank zeigte der Wochenbericht der Reichsbank ein absolut verändertes Bild. Durch die Rückzahlung des französischen Anteiles ist der Bestand an Gold und ausländischen Währungen um 80 Millionen Mark zurückgegangen. Da aber gleichzeitig der Notenumlauf um ungefähr den gleichen Betrag zurückgegangen ist, fiel die Golddeckungsrate nur von 23,7% auf 22%.

Die Deckungsrate wird jedoch erheblich zurückgehen, nachdem im Laufe der nächsten Woche der Rest des Rediskontkredites an die Bank von England, Federal Reserve Bank von New York und die Bank für internationalen Ausgleich in Basel zurückgezahlt sein wird.

Osterefeiertage der Regierung

Berlin, 10. April (Transocean A.). Die Mitglieder der Reichsregierung werden sich nach Wochen angestrengter Arbeit über Ostern die wohlverdiente Ruhe gönnen.

Der Reichskanzler ist am Montag von Berlin abgereist und wird mehrere Tage Urlaub in Süddeutschland verbringen. Der Aussenminister v. Neurath und der Propagandaminister Göbbels werden ebenfalls die Ostertage ausserhalb Berlins verbringen.

v. Papen und Göring werden erst nach Ostern aus Rom zurückkehren.

Es hat also den Anschein, dass in der nächsten Zeit mit einer Periode politischer Ruhe zu rechnen ist.

Der Kampf gegen das Liquidations- system des Versailler Vertrages — eine nationale Aufgabe

Schon frühzeitig hat in allen Ländern der Welt gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Liquidationen des deutschen Auslands-Privateigentums heftiger Widerstand eingesetzt. Namhafte Völkerrechtslehrer und Wirtschaftler, Kulturträger wie Nansen und der kürzlich verstorbene englische Dichter Galsworthy, eine internationale Juristenvereinigung vom Range der „International Law Association“ und die „Internationale Handelskammer“ haben das Liquidationssystem, das der Weltwirtschaft einen schweren Schlag versetzt hat, als völkerrechtswidrig und wirtschaftsfeindlich, als ein „Ueberbleibsel der Barbarei“ gebrandmarkt. In diesem Kampf hervorragender Führerpersönlichkeiten, zu denen der Bund der Auslandsdeutschen und die übrigen Verbände der „Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden“ schon frühzeitig Verbindungen angeknüpft haben, standen die Vorkämpfer für das deutsche Recht und für die Wiederherstellung des Vertrauens im internationalen Leben allein. Wenn sie sich in dieser Frage von internationaler Bedeutung, die zugleich in hervorragendem Masse eine nationale Angelegenheit Deutschlands ist, nicht durchzusetzen vermochten, so trifft die Schuld daran nicht zuletzt diejenigen Kräfte, welche seit Versailles das deutsche Schicksal bestimmen zu können geglaubt haben. Es ist keine Uebertreibung, wenn wir feststellen, dass die massgebenden Reichsstellen bei allen Gelegenheiten, welche bisher die Möglichkeit geboten hätten, die Frage der internationalen Sicherung des Eigentumsrechtes und der Wiedergutmachung der Liquidationen zur internationalen Debatte zu stellen, der Bewegung in den Rücken gefallen sind, die eine Bereinigung dieses schmachvollen Komplexes des Versailler Vertragsinstrumentes anstrebt. Bereits 1921 und 1922 hätten der Einspruch der Brüsseler Konferenz (1921) und der Widerstand Poincarés (1922) gegen die dürftigen Ansätze eines innerdeutschen Entschädigungsverfahrens vielleicht derartige Möglichkeiten gegeben. Schon damals hat der Bund der Auslandsdeutschen im Entschädigungsausschuss des Reichstags nachdrücklichst darauf hingewiesen, dass jede andere Nation in unserer Lage mit der Erfüllung des Friedensvertrages nach innen hin begonnen haben würde.

In keinem anderen Lande der Welt wäre aber das möglich gewesen, was sich auf dem Gebiete der Liquidationsfrage in den Londoner Verhandlungen, welche zum Dawes-Plan geführt haben, abgespielt hat. In ihren mündlichen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium und noch in letzter Stunde in einem an die deutschen Verhandlungsführer in London gerichteten Telegramm hatte die Arbeitsgemeinschaft verlangt, dass die Tatsache des Fortbestehens der Reichsverpflichtung zur Schadloshaltung der deutschen Liquidationsgeschädigten (Art. 297 i. V. V.) in den Verhandlungen mit allem Nachdruck geltend gemacht würde. Die damaligen Träger der Regierungsgewalt aber haben es für opportun gehalten, diese Tatsache zu verschweigen. Sie haben sich nicht dagegen gestraut, dass die Reparationsregelung des Dawes-Plans von der der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Hypothese ausging, eine innere Schuld des Reiches und ein Entschädigungsanspruch der liquidationsgeschädigten Deutschen bestehe nicht mehr. Nach diesem Vorgang war der spätere Versuch, auf dem Wege des Schiedsprozesses im Haag die Einbeziehung der erforderlichen Liquidationsentschädigungsbeträge in die deutschen Jahreszahlungen aus dem Dawes-Plan durch spitzfindige juristische Auslegungsmanöver zu erreichen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. — In den Young-Plan-Verhandlungen hat die damalige Reichsregierung ihre Politik des Primats der Reparationen vor den Ansprüchen der Liquidationsgeschädigten konsequent fortgesetzt. In der englischen öffentlichen Meinung war der deutschen Sache damals in der Liquidationsfrage ein starker Bundesgenosse entstanden. 120 Abgeordnete der drei englischen Parteien traten in einem im Unterhaus eingebrachten Initiativantrag für die Freigabe der Uebereschüsse aus der Liquidation des deutschen Eigentums zur pro-rata-Verteilung an die deutschen Eigentümer ein. Weit entfernt, diese Stimmung zugunsten des deutschen Interesses zu nutzen, liess sich der damalige Reichsaussenminister durch eine Drohrede des Schatzkanzlers Snowden zur Unterschrift unter das deutsch-britische Liquidationsabkommen bewegen, in dem